

**Universität Leipzig**  
**Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät**  
Institut für Finanzen, Finanzwissenschaft  
Prof. Dr. Thomas Lenk

Dezember 2006

**Arbeitspapier Nr. 35**

**Die Entwicklung der kommunalen Einnahmen und Ausgaben der Stadt  
Leipzig unter finanziellen und strukturellen Gesichtspunkten  
und  
unter besonderer Berücksichtigung der personellen Umstrukturierung und  
Effizienz des Verwaltungsapparates**

Thomas Lenk/ Martina Kuntze

Institut für Finanzen  
- Finanzwissenschaft -  
Jahnallee 59  
D-04109 Leipzig, Germany  
Tel: +49 -341 / 97 33 580  
Fax: +49 -341 / 97 33 589  
E-Mail: [fiwi@wifa.uni-leipzig.de](mailto:fiwi@wifa.uni-leipzig.de)

ISSN 1437-5761  
Alle Rechte vorbehalten

® **Institut für Finanzen**







**Inhaltsverzeichnis**

Abbildungsverzeichnis .....	II
Abkürzungsverzeichnis .....	III
I Einleitung .....	1
II Entwicklung der öffentlichen Finanzen von 1997 bis 2004 in Leipzig .....	1
1 Finanzierungssaldo- Einnahmen und Ausgaben .....	1
2 Schuldenentwicklung .....	5
III Einflussfaktoren der Entwicklung der öffentlichen Finanzen von 1997 bis 2004 in Leipzig.....	7
1 Faktoren der Einnahmentwicklung- Allgemeine Deckungsmittel .....	7
1.1 Entwicklung der Steuereinnahmen.....	7
1.1.1 Gewerbesteuer und Gewerbesteuerumlage .....	8
1.1.2 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer .....	10
1.1.3 Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommenssteuer .....	11
1.1.4 Grundsteuer A und B.....	12
1.1.5 Sonstige Steuern.....	13
1.2 Entwicklung der Zuweisungen.....	13
2 Faktoren der Ausgabenentwicklung.....	16
2.1 Laufender Sachaufwand .....	16
2.2 Personalausgaben .....	17
2.3 Soziale Leistungen .....	18
3 Faktoren der Schuldenentwicklung.....	18
IV Verwaltungs- und Funktionalreform im Freistaat Sachsen 2005.....	20
Literaturverzeichnis.....	22

**Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1:	Entwicklung des Finanzierungssaldo in €Einw. in Leipzig	2
Abbildung 2:	Entwicklung der Einnahmen o.b.F. und Ausgaben o.b.F. in €Einw. in Leipzig	4
Abbildung 3:	Entwicklung der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt in €Einw. und Entwicklung des Schuldenstandes in €Einw. in Leipzig	6
Abbildung 4:	Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel (netto) in €Einw. in Leipzig	7
Abbildung 5:	Entwicklung der Steuereinnahmen (netto) in €Einw. in Leipzig	8
Abbildung 6:	Entwicklung der Gewerbesteuer (netto) in €Einw. und Gewerbesteuerumlage in €Einw. in Leipzig	9
Abbildung 7:	Entwicklung des Gemeindeanteils an der USt in €Einw. in Leipzig	11
Abbildung 8:	Entwicklung des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommenssteuer in €Einw. in Leipzig	12
Abbildung 9:	Entwicklung der Grundsteuer A und B in €Einw. in Leipzig	12
Abbildung 10:	Entwicklung der Allgemeinen Zuweisungen von Bund und Ländern in €Einw. in Leipzig	14
Abbildung 11:	Entwicklung der Schlüsselzuweisungen in €Einw. in Leipzig	15
Abbildung 12:	Entwicklung der Investitionszuweisungen in €Einw. in Leipzig	16
Abbildung 13:	Entwicklung des Laufenden Sachaufwandes in €Einw. in Leipzig	16
Abbildung 14:	Entwicklung der Personalausgaben in €Einw. in Leipzig	17
Abbildung 15:	Entwicklung der sozialen Leistungen in €Einw. in Leipzig	18
Abbildung 16:	Entwicklung der Zinsausgaben und Kreditbeschaffungskosten in €Einw. in Leipzig	19
Abbildung 17:	Kreiskarte nach Gebietsneugliederung	21

**Abkürzungsverzeichnis**

AG	Aktiengesellschaft
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
Einw.	Einwohner
FAG	Finanzausgleichsgesetz
GMG I	Gleichmäßigkeitsgrundsatz I
KSV	Kommunaler Sozialverband Sachsen
LWB	Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH
LWV	Landeswohlfahrtsverband
MEAG	Mitteldeutsche Energieversorgung AG
Mio.	Millionen
o.b.F.	ohne besondere Finanzierungsvorgänge
SächsKAG	Sächsisches Kommunalabgabengesetz
StSenkG	Steuersenkungsgesetz
u.a.	unter anderem
USt	Umsatzsteuer
Vgl.	Vergleiche
z.B.	zum Beispiel





## I Einleitung

Im letzten Leipziger Beitrag zu Wirtschaft und Gesellschaft konnte für die *Einnahmen* des öffentlichen Haushaltes Leipzig bis 1995 ein positiver Trend nachgewiesen werden. Dies kann im Wesentlichen auf die erstmalige Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Solidarpakt zurückgeführt werden. Ursächlich für die rückläufige Einnahmenentwicklung in den Folgejahren sind die Veränderungen der Schlüsselmassen im Zusammenhang mit der vollen Umlagefinanzierung an den Landeswohlfahrtsverband<sup>1</sup>. Ab 1999 konnte in Leipzig durch verstärkte Eingemeindungen ein signifikanter Einnahmenanstieg verzeichnet werden.

Auf der *Ausgabenseite* stellen die Aufwendungen für Personal den größten Ausgabenposten in der Stadt Leipzig dar. Infolge drastischer Personalkürzungen von 1995 bis 1999 konnte dieser Kostenblock signifikant gesenkt werden. Auch die Sachaufwendungen wurden reduziert, indem in Leipzig u.a. Energiesparmaßnahmen und -umstellungen vorgenommen wurden. Die rückläufige Entwicklung beider Ausgabenposten trug dazu bei, dass die Gesamtausgaben von 1995 bis 1999 deutlich gesenkt werden konnten.

In diesem Bericht steht wieder die finanzielle Entwicklung des öffentlichen Haushaltes der Stadt Leipzig im Vordergrund. So wird unter Berücksichtigung der Veränderung der Rahmenbedingungen und Einflussgrößen im betrachteten Zeitraum von 1997 bis 2004 die Einnahmen-, Ausgaben- und Schuldenentwicklung betrachtet.

## II Entwicklung der öffentlichen Finanzen von 1997 bis 2004 in Leipzig

Da die Entwicklung der öffentlichen Finanzen von mehreren Faktoren abhängt und einer detaillierteren Analyse bedarf, soll in diesem Abschnitt sowohl eine kurze Zusammenfassung der Einnahme- und Ausgabesituation, als auch eine über die Schuldenentwicklung der Stadt Leipzig für den Zeitraum 1997 bis 2004 gegeben werden. Im darauf folgenden Kapitel wird auf die Darstellung einzelner Determinanten der obigen Positionen genauer eingegangen.

### 1 Finanzierungssaldo- Einnahmen und Ausgaben

Der Finanzierungssaldo, als Ergebnis der Finanzierungsübersicht und damit Bestandteil des Haushaltsplanes, bildet die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte ab und *kann* als Indikator für die Fähigkeit des kommunalen Wirtschaftens betrachtet werden<sup>2</sup>. Die Position des Finanzierungssaldos beantwortet die Frage, ob alle von der Kommune getätigten Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt werden konnten. So besagt ein negativer Finanzierungssaldo, dass die kommunalen Ausgaben entweder durch eine Neuverschuldung oder durch Nutzung von Reserven finanziert werden mussten, während ein positiver Finanzierungssaldo darauf hin deutet, dass die Gemeinde in der Lage war, Schulden abzubauen bzw. finanzielle Reserven zu bilden.

Wie Abbildung 1 zeigt, hat sich der Finanzierungssaldo für Leipzig im Jahr 2004 (-8,6 €Einw.) von einem deutlich negativen Saldo (1997: -269,2 €Einw.) zu einem fast ausgegli-

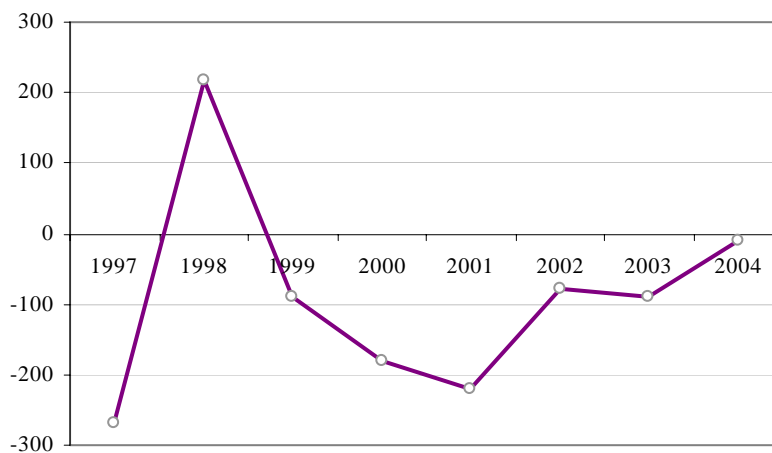
---

<sup>1</sup> Bis 1996 wurde der LWV zum Großteil aus direkten Finanzaufweisungen des Landes finanziert und nur zu einem relativ geringen Teil aus der kommunalen Wohlfahrtsumlage. Ab 1996 wurden die Landeszuschüsse vollständig aus der Steuerverbundmasse finanziert. Die Mittel gingen dieser Institution zum einen in Form von direkten Schlüsselzuweisungen zu, andererseits über die Aufstockung der Schlüsselmassen der Landkreise und kreisfreien Städte. Demzufolge fand die Finanzierung des LWV schon hauptsächlich über die Umlage ihrer Mitglieder statt. Ab 1997 wurde durch FAG geregelt, dass hauptsächlich die kommunale Ebene für die Finanzierung des LWV/KSV verantwortlich ist. Lenk (2005), S. 101. Am 30. Juli 2005 wurde der Landeswohlfahrtsverband Sachsen (LWV) in den Kommunalen Sozialverband Sachsen (KSV) umbenannt. (Sächs.GVB1. vom 29. Juli 2005, S. 167).

<sup>2</sup> Zur Diskussion der Aussagekraft des Finanzierungssaldos im Vergleich mit anderen Indikatoren des kommunalen Gesamtergebnisses siehe Falken; Lenk (2005).

chenen Saldo entwickelt. Dabei muss für 1998 ein signifikanter Ausschlag von rund 180,6 Prozent verzeichnet werden. Dieser ist auf den Verkauf der Anteile an den Leipziger Stadtwerken<sup>3</sup> zurückzuführen. Der Großteil des Erlöses<sup>4</sup> führte zu Mehreinnahmen, welche die Einnahmesituation Leipzigs in diesem Zeitraum deutlich verbesserte, während die Ausgabesituation annähernd konstant blieb. Wird von diesem einmaligen Ausschlag abgesehen, kann von 1997 bis 2001 eine leichte und auf 2002 eine deutliche Verbesserung des Finanzierungssaldos nachgewiesen werden. Diese positive Entwicklung der Kommunalfinanzen lässt sich vor allem auf die andauernden Konsolidierungsbemühungen bei den Ausgabenposten, besonders im Bereich Personal, und auf Steuereinnahmeeffekte zurückführen.

Abbildung 1: Entwicklung des Finanzierungssaldo in €Einw. in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

Wie zu Beginn dieses Abschnittes schon angedeutet, ist der Finanzierungssaldo nur unter Vorbehalt und unter Berücksichtigung aller in das Wirtschaftsgeschehen involvierten Verwaltungseinheiten aussagekräftig. So wirken sich z.B. ein restriktives Investitionsverhalten aus kommunalwirtschaftlicher Perspektive positiv auf den Finanzierungssaldo aus, während abnehmende Investitionen auf lange Sicht problematisch sind. Ob sich die finanzielle Situation der kreisfreien Stadt Leipzig aus finanzwissenschaftlicher Perspektive verbessert hat, lässt sich abschließend nur anhand der Analyse einzelner Positionen bewerten. Aus diesem Grund soll im Folgenden auf die Einnahmen und Ausgabensituation von Leipzig eingegangen werden. Im Anschluss wird die Entwicklung der Einflussfaktoren beider Bereiche unter finanziellen und strukturellen Gesichtspunkten veranschaulicht.

Wie Abbildung 2 zeigt, haben sich die *Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge*<sup>5</sup> von 1997 bis 2004 von rund 2.009,3 €Einw. auf 2.210,4 €Einw. erhöht, was einem Anstieg von etwa 10,0 Prozent gleich kommt. Für das Jahr 1998 kann ein signifikanter Anstieg der Einnahmen Leipzigs um 27,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden, der auch den deutlichen Ausschlag für 1998 beim Finanzierungssaldo hervorrief. Dieser Einnahmenanstieg ist wie schon angesprochen hauptsächlich auf den bereits erwähnten Teilverkauf der

<sup>3</sup> Die Stadtwerke Leipzig befanden sich bis zu diesem Zeitpunkt allein in kommunaler Hand. Im Jahr 1998 wurden zur Haushaltssanierung 40 Prozent des Unternehmens an die Mitteldeutsche Energieversorgung AG (MEAG) für etwa 222 Millionen Euro verkauft.

<sup>4</sup> Ein kleinerer Teil des Erlöses aus dem Verkauf von Stadtwerkeanteilen wurde als Rücklage gebildet.

<sup>5</sup> Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge entsprechen im Wesentlichen den so genannten bereinigten Einnahmen. Die bereinigten Einnahmen wiederum ergeben sich durch Addition aller relevanten Positionen, ohne Einbeziehung der gegenseitigen Zuführung der Haushalte, der inneren Verrechnungen und kalkulatorischen Einnahmen. Lenk (2005), S. 106.

Stadtwerke Leipzig, aber auch auf den Anstieg der allgemeinen Deckungsmittel<sup>6</sup> zurückzuführen. Ab 1998 bis 2001 sanken die Einnahmen um 19,9 Prozent. So sind die Mindereinnahmen im Jahr 2001 größtenteils auf die Vielzahl negativer Effekte aus dem Steuersenkungsgesetz (StSenkG) des Jahres 2000 zurückzuführen. Darunter muss auch der Einbruch der Gewerbesteuererinnahmen durch zunehmend Steuern mindernde Gestaltungsmöglichkeiten der Unternehmen subsumiert werden. Im Zuge der Blockade von Bund und Ländern, die Anhebung der Gewerbesteuerumlage von 20,0 Prozent auf 30,0 Prozent auszusetzen, wurde der Einnahmeverlust nochmals verstärkt. In begrenztem Maße wurde versucht, dem Einnahmeeinbruch durch Kompensierung auf der Ausgabenseite entgegenzuwirken.<sup>7</sup> Dies hatte eine Begrenzung des Ausgabewachstums im Verwaltungshaushalt zu Folge, maßgeblich durch die Fortführung des Haushaltssicherungskonzeptes (u.a. Einsparungen bei den Personalausgaben<sup>8</sup>). Erst die Jahre 2002 und 2004 weisen jeweils gegenüber dem Vorjahr deutliche Einnahmeanstiege auf. Im Wesentlichen hängt diese Einnahmenentwicklung von den Schwankungen der Allgemeinen Deckungsmittel<sup>9</sup> und damit von denen der Steuereinnahmen und allgemeinen Schlüsselzuweisungen ab. So steigen die Schlüsselzuweisungen mit zunehmender Einwohnerzahl, was wiederum auf die Konzeption des kommunalen Finanzausgleiches in Sachsen zurückzuführen ist.<sup>10</sup> So wurde bereits in der Einleitung angedeutet, dass auch Eingemeindungen und die damit steigende Einwohnerzahl ursächlich für Einnahmeanstiege der Stadt Leipzig sind. Seit 1997 wird nun Seehausen mit Hohenheida und Göbschelwitz sowie Gottscheina, 1998 die Gemeinde Lützschena-Stahmeln, Böhlitz-Ehrenberg, Engelsdorf mit Althen, Baalsdorf, Hirschfeld, Kleinpösna und Sommerfeld, Holzhausen, Liebertwitz, Lindenthal, Miltitz, Mölkau, Wiederitzsch, aus Kulkwitz: Rehbach und Knautnaundorf, Radefeld-Süd und 2000 aus Bienitz Burghausen und Rückmarsdorf zu Leipzig gezählt.<sup>11</sup> Trotz dieser Eingemeindungen stieg die Zahl der Leipziger Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr erst ab 2002, was den Einnahmeanstieg im zugehörigen Zeitraum determiniert.<sup>12</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl. Abbildung 4. Ausführliche Erläuterungen zu der Entwicklung der Allgemeinen Deckungsmittel folgen im Abschnitt III.

<sup>7</sup> Deutscher Städtetag (2002).

<sup>8</sup> Vgl. Abbildung 14. Ausführliche Erläuterungen zu der Entwicklung der Personalausgaben folgen im Abschnitt III Kapitel 2.2.

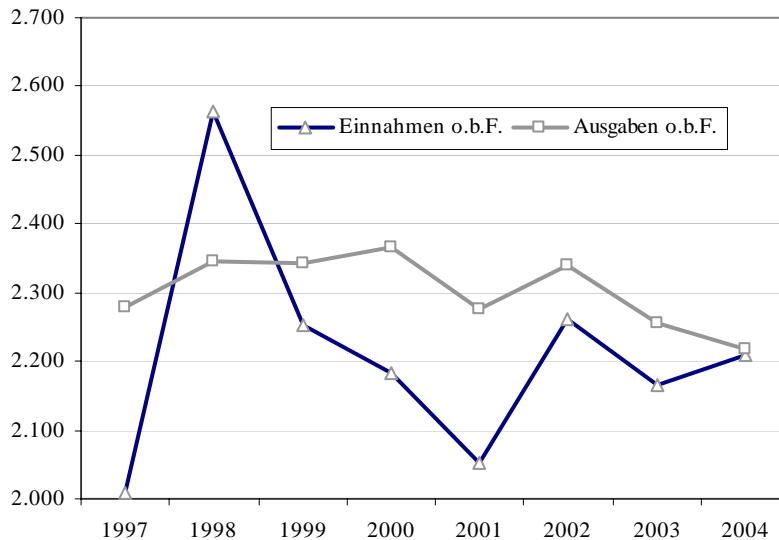
<sup>9</sup> Vgl. Abbildung 4. Ausführliche Erläuterungen zu der Entwicklung der Allgemeinen Deckungsmittel folgen im Abschnitt III.

<sup>10</sup> Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches Sachsen werden die Finanzmittel zunächst gemäß des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes I auf kreisangehörige Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise aufgeteilt. Anschließend wird der Gleichmäßigkeitsgrundsatzes II angewendet, um die Finanzzuweisungen für die einzelnen Gebietskörperschaften zu berechnen. Dies erfolgt gemäß zwei verschiedener Elemente- der Steuerkraft und der Einwohnerzahl. Der Einnahmeanstieg ist demnach zum Großteil auf die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen zurückzuführen, die im Abschnitt III näher erläutert wird.

<sup>11</sup> Amt für Statistik und Wahlen, Städtisches Vermessungsamt.

<sup>12</sup> Statistisches Landesamt Sachsen, Amt für Statistik und Wahlen. Die Bevölkerungsentwicklung Leipzigs veränderte sich seit 1997 jeweils im Vergleich zum Vorjahr positiv. Allerdings führte die Veränderung der Einwohnerzahl erst ab 2002 zu einem realen Einwohneranstieg in Leipzig, was ab diesem Zeitpunkt auf eine Überkompensierung der Zuzüge, Geburtenfälle und steigender Einwohnerzahlen durch Eingemeindungen gegenüber Wegzügen und Sterbefällen schließen lässt.

Abbildung 2: Entwicklung der Einnahmen o.b.F. und Ausgaben o.b.F. in €/Einw. in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

Nachdem die Einnahmeseite der Stadt Leipzig betrachtet wurde, soll im Folgenden auf deren *Ausgabesituation* hingewiesen werden. Generell lässt sich eine annähernde Parallelentwicklung der Einnahme- und Ausgabeseite feststellen. Nachdem die Einnahmen o.b.F. 1998 spürbar gestiegen sind, stiegen die Ausgaben o.b.F.<sup>13</sup> 1998 ebenso und blieben bis 2000 auf einem relativ hohen Niveau. Ursächlich hierfür sind demographische Effekte, welche die Basis aller Pro- Kopf- Indikatoren erhöhend beeinflusst.<sup>14</sup> Des Weiteren sind die Mehrausgaben auf steigende Sozialausgaben in Leipzig zurückzuführen.<sup>15</sup> Für das Jahr 2001 ist ein Ausgabenrückgang um 3,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Ursächlich hierfür sind die bis 2001 drastisch gesunkenen Personalausgaben. Auch der mittelfristige Vergleich von 1997 bis 2004 macht mit einem Rückgang der Ausgaben von 2,6 Prozent fortwährende Konsolidierungsbemühungen deutlich. Neben der Entwicklung verschiedener Ausgabepositionen, die im Abschnitt III explizit erläutert werden, führten auch einzelne kommunale Projekte zu Mehrbelastungen im städtischen Haushalt und trugen zu einzelnen Ausschlägen und dem relativ hohen Niveau der städtischen Ausgaben bei. So verursachte der Bau des Bildermuseums von 2000 bis 2004 Kosten in Höhe von insgesamt 73,4 Mio. Euro, von denen die Stadt Leipzig allein 44,5 Mio. Euro trug. Ebenso führten bauvorbereitende Maßnahmen für die BMW-Ansiedlung im Industriepark Nord ab 2002 zu Mehrausgaben. Ein weiteres Großprojekt der Stadt Leipzig, dessen Umsetzung 2003 begann ist der Bau des City-Tunnels, welcher bis voraussichtlich 2010 Kosten in Höhe von insgesamt 571,62 Mio. Euro verursacht. Des Weiteren belastete der Bau des Grassimuseums ab 2001 bis 2005 den städti-

<sup>13</sup> Die Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge bezeichnen die so genannten bereinigten Ausgaben. Die bereinigten Ausgaben wiederum ergeben sich durch Addition aller relevanten Positionen, ohne Einbeziehung der gegenseitigen Zuführung der Haushalte, der inneren Verrechnungen und kalkulatorischen Einnahmen. Lenk (2005), S. 106.

<sup>14</sup> Wie bereits angedeutet haben sich die Einwohnerzahlen ab 1997 jeweils im Vergleich zum Vorjahr zwar verbessert, führten aber erst ab 2002 zu einem realen Anstieg der Einwohnerzahl in Leipzig und kompensierten damit Wegzüge und Sterbefälle. Für den Zeitraum von 1997 bis 2001 hingegen kann trotz Eingemeindungen kein realer Einwohneranstieg in Leipzig verzeichnet werden. Statistisches Landesamt Sachsen, Amt für Statistik und Wahlen.

<sup>15</sup> Vgl. Abbildung 15. Ausführliche Erläuterungen zu der Entwicklung der sozialen Leistungen folgen im Abschnitt III Kapitel 2.3.

schen und den Landeshaushalt in Höhe von rund 31 Mio. Euro.<sup>16</sup> Nicht zu vergessen ist weiterhin der Bau des Zentralstadions, welcher 1997 von der Stadt Leipzig beschlossen wurde. Die Finanzierung von insgesamt 90,6 Mio. Euro übernahmen Stadt und Bund in Höhe von 63,2 Mio. Euro.<sup>17</sup>

## 2 Schuldenentwicklung

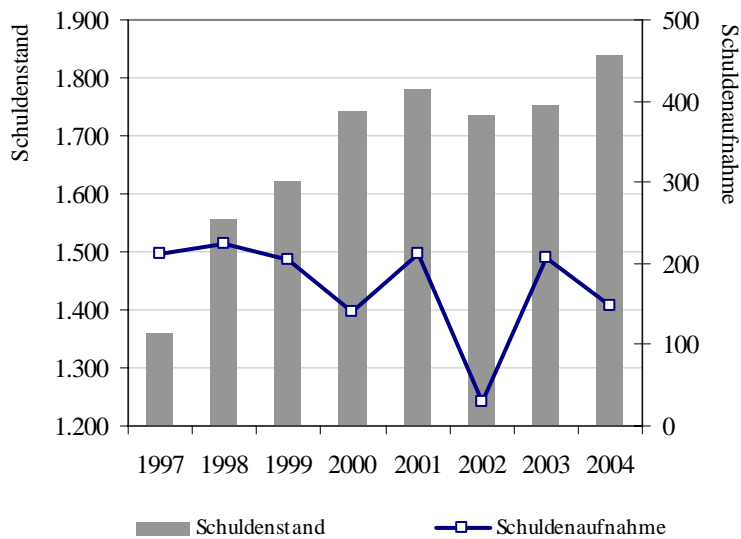
Die nachfolgende Abbildung gibt Aufschluss über die Entwicklung der Schuldenaufnahme und des Schuldenstandes am Kreditmarkt. Wird zunächst die Schuldenaufnahme betrachtet kann von 1998 bis 2000 eine rückläufige Tendenz festgestellt werden, welche hauptsächlich auf die positive Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel zurückzuführen ist. Im Jahr 2001 stieg die Schuldenaufnahme hingegen von 139,5 €/Einw. auf 212,9 €/Einw. um 52,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum an. Ursächlich sind die 2001 durch das Steuer-senkungsgesetz verursachten signifikant gesunkenen allgemeinen Deckungsmittel, die zur Aufrechterhaltung der Aufgabenerfüllung eine erhöhte Schuldenaufnahme notwendig machten. Im darauf folgenden Jahr 2002 sank die Schuldenaufnahme wiederum. Zum einen aufgrund der von der Stadt Leipzig aufgenommenen Stadtanleihe, welche zur Verstärkung der Kassen in den Folgejahren zu einer geringeren Schuldenaufnahme führte. Zum anderen lag im Haushaltsjahr 2002 die Tilgungssumme über der Kreditaufnahme, da bewilligte Kreditermächtigungen nicht in voller Höhe in Anspruch genommen wurden und somit auch der Schuldenstand je Einwohner sank. Des Weiteren wurden einmalige Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage vorgenommen, die für in jenem Jahr zu finanzierende Projekte, wie die Bio-City, großflächige Infrastrukturmaßnahmen und den Industriepark Nord (BMW), verwendet wurden. Schlussendlich erlaubten auch die deutlich steigenden allgemeinen Deckungsmittel eine geringere Schuldenaufnahme. Da bei der geringen Schuldenaufnahme im Jahr 2002 von einem Sondereffekt gesprochen werden muss, ist der im Jahr 2003 erreichte Wert, welcher dem von 2001 annähernd entspricht nicht ungewöhnlich. Für das Jahr 2004 lässt sich jedoch eine um 28,2 Prozent geringere Schuldenaufnahme am Kreditmarkt gegenüber 2003 feststellen. So wird aus Abbildung 2 deutlich, dass in diesem Zeitraum die Entnahmen angestiegen sind und damit eine geringere Schuldenaufnahme erlaubten.

---

<sup>16</sup> Beim Bau des Bildermuseums sind sowohl der Freistaat, als auch der Bund mit jeweils 15 Mio. Euro an der Gesamtsumme beteiligt. <http://www.leipzig-lexikon.de/KULTBETR/bildmus.htm>, sowie <http://www.leipzig.de/de/business/invest/grossinvest/> (23.10.2006). Der Bau des City-Tunnels wird ebenso vom Freistaat und dem Bund, aber auch von der EU und der Deutschen Bahn mitfinanziert, während der Bau des Grassimuseums allein von der Stadt Leipzig und dem Freistaat finanziert wird.

<sup>17</sup> <http://fifaworldcup.yahoo.com/06/de/d/s/leipzig.html> (12.10.2006).

Abbildung 3: Entwicklung der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt in €Einw. und Entwicklung des Schuldenstandes in €Einw. in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

Wird die Schuldenstandsentwicklung Leipzigs betrachtet, muss ein tendenziell steigendes Schuldenvolumen festgestellt werden. Im Vergleich zu 1997 hat sich der Schuldenstand 2004 um 35,2 Prozent erhöht. Lediglich 2002 ließ sich im Vergleich zum Vorjahr ein um etwa 2,6 Prozent niedrigerer Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr feststellen. Dies kann hauptsächlich auf die die Kreditaufnahme übersteigende Tilgungssumme zurückgeführt werden. Um den relativ hohen Schuldenstand abzubauen und die Schuldenaufnahme pro Kopf zurückfahren zu können, ist geplant (Teil-)Veräußerungen von kommunalem Eigentum vorzunehmen. Dabei stehen die Leipziger Wohnungsbau Gesellschaft (LWB), die Stadtwerke, die Stadtreinigung und kommunalen Wasserwerke, sowie die Leipziger Verkehrsbetriebe zur Disposition. Lediglich die Stadtwerke Leipzigs wurden 1998 zum Teil veräußert, allerdings im Jahr 2004 wieder vollständig zurückgekauft. Dabei erzielte die Stadt Leipzig in Summe ein plus von etwa 22 Millionen Euro.<sup>18</sup>

Ursächlich für die Haushaltsnotlage der Stadt Leipzig sind neben der steigenden Schuldenaufnahme durch die bereits genannten Punkte außerdem starke Belastungen im Rahmen der Arbeitsmarktreform Hartz IV.<sup>19</sup>

<sup>18</sup> Der Verkaufspreis von 40 Prozent der Stadtwerke Leipzig an die MEAG betrug 1998 rund 222 Millionen Euro, während der Einkaufspreis im Jahr 2004 etwa 200 Millionen Euro entsprach. Julke (2006).

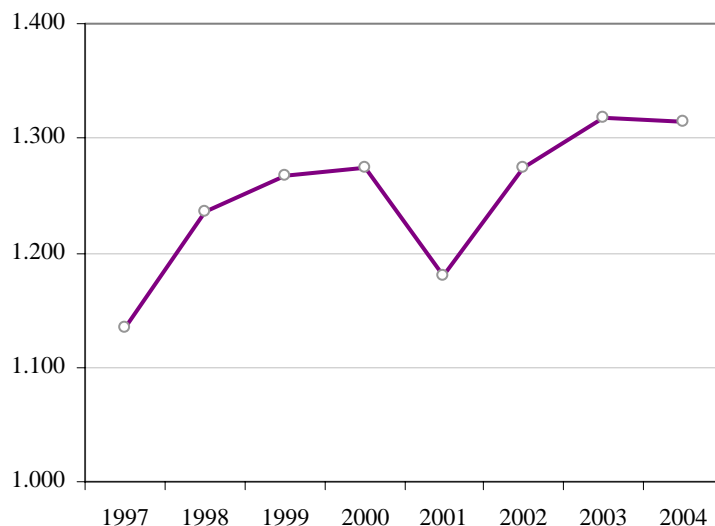
<sup>19</sup> Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2006).

### III Einflussfaktoren der Entwicklung der öffentlichen Finanzen von 1997 bis 2004 in Leipzig

#### 1 Faktoren der Einnahmenentwicklung- Allgemeine Deckungsmittel

Die allgemeinen Deckungsmittel umfassen die Steuern und allgemeinen Schlüsselzuweisungen und dienen der Deckung der Aufgaben, welche nicht durch Gebühren oder Entgelte finanziert werden können. Wie Abbildung 4 zeigt, nahmen die allgemeinen Deckungsmittel von 1997 bis 2004 tendenziell zu und betrugen im Jahr 2004 rund 1.314,1 €Einw., während sie 1997 lediglich 1.135,0 €Einw. ausmachten. Dies entspricht einem Anstieg von 15,9 Prozent. Die Zunahme bis 1999 ist dabei im Wesentlichen auf die Gemeindegebietsreform zurückzuführen.<sup>20</sup> Im Vergleich zu der kontinuierlich positiven Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel für den Freistaat Sachsen ab 2002 bis 2004 muss der Einschnitt der allgemeinen Deckungsmittel um 7,5 Prozent im Jahr 2001 für die Stadt Leipzig hauptsächlich auf den Einbruch der Steuereinnahmen (netto), insbesondere auf die negative Entwicklung der Gewerbesteuer im selben Jahr zurückgeführt werden. Um die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel im Detail bewerten zu können, wird im Folgenden auf einzelne wichtige Steuern und auf die allgemeinen Schlüsselzuweisungen der Stadt Leipzig eingegangen.

Abbildung 4: Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel (netto) in €Einw. in Leipzig



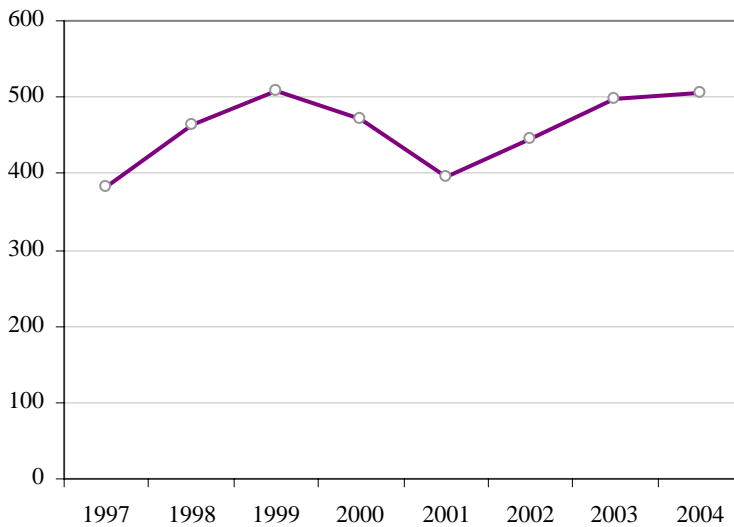
Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

#### 1.1 Entwicklung der Steuereinnahmen

Neben dem seit 1998 bestehenden Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer gehören zu den wichtigsten Steuern der Stadt Leipzig die Gewerbesteuer, die Grundsteuer A und B und der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommenssteuer. Dabei betrugen die Steuereinnahmen im Jahr 2004 insgesamt 504,5 €Einw. und stiegen im Vergleich zu 1997 um 32,3 Prozent. Der signifikante Einschnitt im Jahr 2001 entspricht einem Rückgang von 22,6 Prozent im Vergleich zu 1999 und ist hauptsächlich auf den starken Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen im selben Jahr zurückzuführen.

<sup>20</sup> Hasse, Kunze (2002), S. 21.

Abbildung 5: Entwicklung der Steuereinnahmen (netto) in €/Einw. in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

Es muss festgehalten werden, dass die Steuereinnahmen insgesamt besonders durch den konjunktur reagiblen Anteil der Gewerbesteuereinnahmen beeinflusst werden. Aus diesem Grund soll im Folgenden auf die Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens eingegangen werden.

### 1.1.1 Gewerbesteuer und Gewerbesteuerumlage

Die Gewerbesteuer ist im Zuge der Finanzreform von 1969 aufgrund ihrer starken Konjunktur reagibilität in eine Gemeinschaftssteuer umgewandelt worden. Damit die Einnahmen der Gemeinden nicht zu stark von der Konjunktur abhängen, wurden die Kommunen seit 1969 zu 15,0 Prozent am Einkommenssteueraufkommen beteiligt. Des Weiteren sind die Gemeinden dazu verpflichtet, an Bund und Länder eine Gewerbesteuerumlage abzuführen, weshalb im Folgenden sowohl die Darstellung der Aufkommensentwicklung von der Gewerbesteuer netto, als auch von der Gewerbesteuerumlage erfolgt.

Wird die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen betrachtet, muss, wie Abbildung 6 verdeutlicht, für die Jahre ab 1999 ein tendenziell abnehmendes Volumen festgestellt werden. Im Jahr 2001 erreichte dieses einen Tiefstand von rund 125,5 €/Einw., was einer Reduktion um 43,7 Prozent gleich kommt. Hauptsächlich ist dieser enorme Rückgang der Einnahmen eine Folge der Steuersenkungsgesetzes von 2000, demzufolge vor allem Kapitalgesellschaften steuermindernde Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt wurden. So führte auch die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen u.a. zu einem deutlichen Einbruch des Gewerbesteueraufkommens. Die Folge des geringeren Gewerbesteueraufkommens sind demnach die aus dem Steuersenkungsgesetz resultierenden immer geringeren Beiträge der Unternehmen zur Finanzierung der städtischen Aufgaben. Eine zweite Ursache, die das geringe Gewerbesteueraufkommen determiniert, stellt die konjunkturelle Entwicklung dar, welche sich negativ auf die Unternehmensgewinne und damit auf die Gewerbesteuervorauszahlungen auswirkt. Hinzu kommt, dass der Hebesatz der Gewerbesteuer im Jahr 2001 mit 435 Prozent deutlich unter dem bisherigen von 450 Prozent lag.

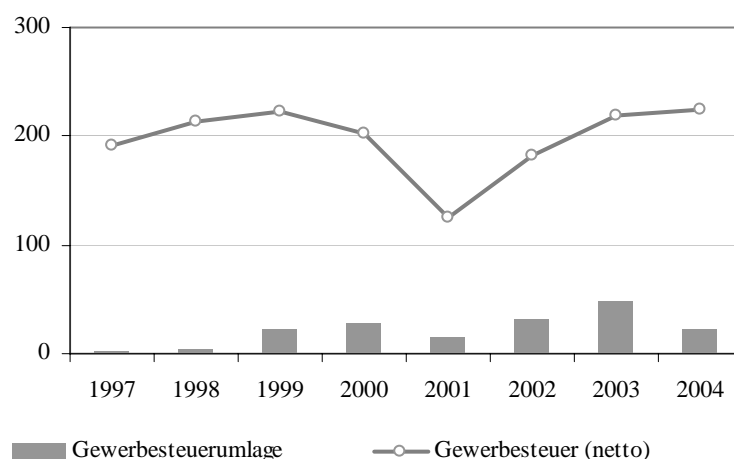
Ab 2002 kann wiederum ein positiver Trend der Gewerbesteuereinnahmen festgestellt werden. So betrug dieses im Jahr 2004 etwa 224,3 €/Einw. und übersteigt damit das Aufkommen von 1997 um 17,0 Prozent. Diese Verbesserung wurde u.a. durch das Unternehmensfortführungsgesetz positiv beeinflusst, das Rücknahmen der Gewerbesteuerbefreiung von Dividenden aus Streubesitz oder auch die „klarstellende“ Regelung für die Mehrmütter-



organschaft veranlasste.<sup>21</sup> Des Weiteren kann die positive Entwicklung der Gewerbesteuer-einnahmen auch auf die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes zurückgeführt werden, der im Jahr 2004 nunmehr 440 Prozent betrug.

Bei der Bewertung des Gewerbesteueraufkommens muss außerdem berücksichtigt werden, dass die Veranlagungspraxis retrospektiv ist. Das heißt, die Ableistung von Vorauszahlungen, als auch die zeitverzögerte Veranlagung können zu einer höheren bzw. niedrigeren Veranschlagung im Folgejahr führen. Auch branchenbezogene und konjunkturelle Veränderungen haben Einfluss auf die Gewerbesteuer.<sup>22</sup> So siedelte sich sowohl die BMW AG im Juli 2001, als auch Porsche im Jahr 2002 in Leipzig an. Möglicherweise trugen beide Unternehmen in den Folgejahren zu dem steigenden Gewerbesteueraufkommen bei,<sup>23</sup> obwohl wahrscheinlich erst ab 2005 mit Sicherheit positive Entwicklungen der Gewerbesteuer auf diese Unternehmensansiedlungen zurückgeführt werden können. Jedoch kann der Stadt Leipzig konstatiert werden, dass die Zahl der Gewerbeanmeldungen im Betrachtungszeitraum kontinuierlich über der der Abmeldungen liegt. Einschränkend muss angemerkt werden, dass diese Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen differiert.<sup>24</sup>

Abbildung 6: Entwicklung der Gewerbesteuer (netto) in €Einw. und Gewerbesteuerumlage in €Einw. in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

Die Gewerbesteuerumlage<sup>25</sup> entwickelt sich, folgerichtig ähnlich dem Gewerbesteueraufkommen. 1997 ist der Gewerbesteuerumlagebetrag nahezu Null, da Leipzig aufgrund der nicht erhobenen Gewerbekapitalsteuer keine Gewerbesteuer umlegen musste.<sup>26</sup> Ein signifikanter Rückgang ist wie beim Gewerbesteueraufkommen von 2000 auf 2001 zu verzeichnen, und zwar um etwa 44,2 Prozent. Auch im Jahr 2004 kann im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Abnahme der Gewerbesteuerumlage registriert werden. So nahm diese 2003 noch

<sup>21</sup> Deutscher Städtetag (2002), S. 10

<sup>22</sup> Lenk (2005), S. 32.

<sup>23</sup> Das Gewerbesteueraufkommen größerer Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten in verschiedenen Kommunen wird entsprechend der Lohnsumme auf diese aufgeteilt. Dies führt dazu, dass das Gewerbesteueraufkommen in der Stadt Leipzig auch aus Unternehmen stammt, deren Hauptsitz sich in den alten Bundesländern befindet. Lenk (2005), S. 32.

<sup>24</sup> Elsässer, Maier (2004), S. 19.

<sup>25</sup> Die Gewerbesteuerumlage berechnet sich aus dem Quotienten von Ist- Aufkommen der Gewerbesteuer dividiert durch den jeweils im Haushaltsjahr geltenden örtlichen Hebesatz, multipliziert mit dem so genannten „Verfielfältiger“. Lenk (2005), S. 108.

<sup>26</sup> Hasse, Kunze (2002), S. 20.

einen Spitzenwert von 47,5 €Einw. ein (was einer Steigerung ab 2001 um 208,7 Prozent gleich kommt), während 2004 im Vergleich zum Vorjahr das Volumen um 52,1 Prozent abnahm.

### 1.1.2 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Seit dem 1. Januar 1998 erhalten die Gemeinden zum Ausgleich für die abgeschaffte Gewerbesteuer<sup>27</sup> einen 2,2-prozentigen Anteil aus dem Umsatzsteueraufkommen.<sup>28</sup>

Die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer auf die einzelnen Kommunen ist zum einen vom Anteil am Gewerbesteueraufkommen des gesamten Landes von 1992 bis 1997 abhängig und orientiert sich zum anderen am Anteil der Kommune an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im gesamten Land im Durchschnitt von 1996 bis 1998. Aus diesem Grund sind die Einnahmen aus Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer stark an die zurückliegenden Entwicklungstendenzen der Gewerbesteuer gebunden. Wird der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer für die Stadt Leipzig betrachtet, so kann anhand der folgenden Abbildung ein ab 1999 stattfindender Aufkommensrückgang festgestellt werden. Verantwortlich dafür ist die gesunkene Bemessungsgrundlage der Umsatzsteuer vor deren Aufteilung.<sup>29</sup> Dies ist einerseits auf die schwache Entwicklung der privaten Konsumausgaben, rückläufigen umsatzbesteuerten privaten Wohnungsbauinvestitionen und öffentlichen Bauinvestitionen sowie der mutmaßlich zunehmenden Bedeutung der Schattenwirtschaft in Deutschland zurückzuführen. Weiterhin wird eine nachteilige Umsatzsteuerentwicklung aufgrund des Steuerbetruges im Rahmen sog. Karussellgeschäfte<sup>30</sup> vermutet.

Im mittelfristigen Vergleich betragen die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 2004 dennoch 12,6 Prozent mehr als 1998. Von 1998 auf 1999 lässt sich ein deutlicher Anstieg des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer für Leipzig um 27,8 Prozent feststellen. Dieser ist zum Großteil auf die Erhöhung der Umsatzsteuer von 15,0 Prozent auf 16,0 Prozent zurückzuführen, was auch den Gemeindeanteil der Kommunen an der gesamt gestiegenen Umverteilungsmasse erhöhte.

---

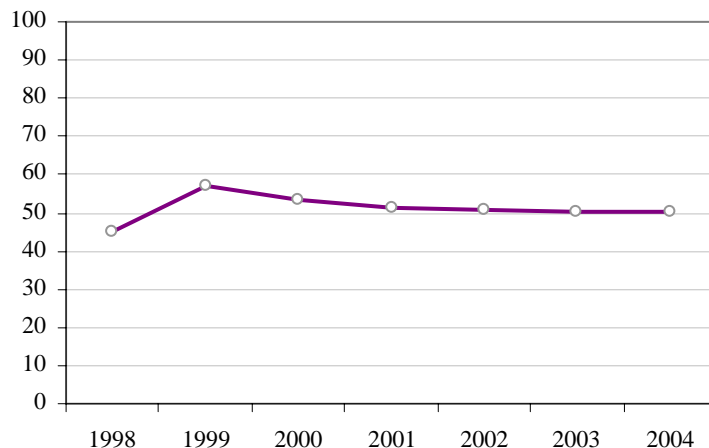
<sup>27</sup> In den neuen Bundesländern wurde keine Gewerbesteuer erhoben.

<sup>28</sup> Bevor das Umsatzsteueraufkommen zwischen Bund, Länder, Gemeinden aufgeteilt wird, erhält der Bund als Ausgleich für den erhöhten Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung 5,63 Prozent des Umsatzsteuergesamtaufkommens. Das Aufkommen aus den 2,2 Prozent Umsatzsteueranteil fließt zu 85 Prozent an die Kommunen der alten Bundesländer (einschl. Berlin-West) und zu 15 Prozent an die Gemeinden der neuen Bundesländer (einschl. Berlin-Ost).

<sup>29</sup> Sachverständigenrat (2002), S. 151.

<sup>30</sup> Karussellgeschäfte sind solche, bei denen ein Unternehmen fingierte steuerfreie Ausfuhrlieferungen oder steuerfreie innergemeinschaftliche Lieferungen an einen Abnehmer im Ausland. Das Unternehmen lässt sich von seinem inländischen Lieferanten den Wert einschließlich Umsatzsteuer in Rechnung stellen und die Vorsteuer von seinem Finanzamt erstatten. Der Lieferant führt die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht an das Finanzamt ab. Der Unternehmer und der Lieferant lösen die betreffenden Unternehmen auf. Sachverständigenrat (2002), S. 151.

Abbildung 7: Entwicklung des Gemeindeanteils an der USt in €Einw. in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

### 1.1.3 Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommenssteuer

Seit 1969 partizipieren die Kommunen im Zuge der Finanzreform zu 15,0 Prozent am Einkommenssteueraufkommen. Hinzu kommt ein 12-prozentiger Anteil am Aufkommen aus dem seit 1993 erhobenen Zinsabschlag.

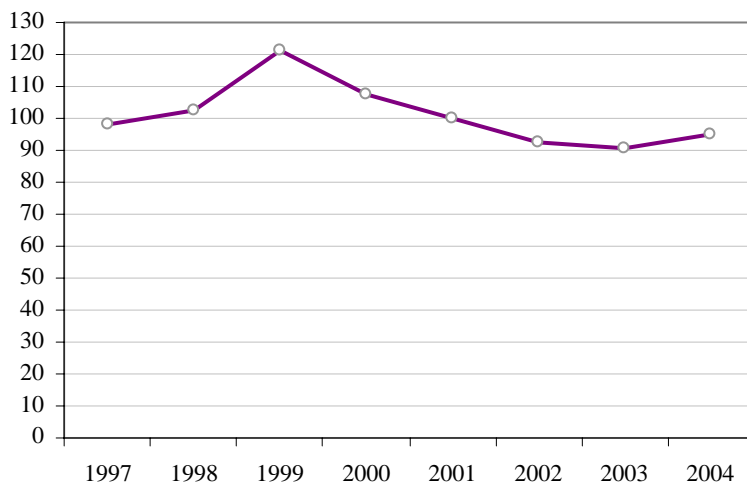
Wird die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommenssteuer betrachtet, kann eine bis 1999 anhaltend positive Entwicklung verzeichnet werden. Anzunehmen ist, dass der steigende Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer in den Jahren 1997 bis 1999 auf die Eingemeindungswelle zurückzuführen ist, da sich im damaligen Leipziger Umland Gemeinden befanden, in denen der Pro-Kopf-Anteil höher war als in der Stadt selbst. Ab 1999 (121,1 €Einw.) sinken die Gemeindeanteile an der Lohn- und Einkommenssteuer jedoch und erreichen im Jahr 2003 ihren Tiefpunkt mit rund 90,7 €Einw.. Damit nahmen die Gemeindeanteile im Vergleich zu 1999 um 25,1 Prozent ab. Ursächlich kann zum einen die demographische Struktur sein. So führt die zunehmende Alterung der Gesellschaft zu einer geringeren Zahl an Einkommenssteuerpflichtigen. Zum anderen wird die steigende Arbeitslosenzahl maßgeblich zu dem sinkenden Einkommenssteueraufkommen beitragen. Im Jahr 1999 waren 34.935 Menschen in der Stadt Leipzig arbeitslos, während es 2003 mittlerweile 45.376 Arbeitslose waren, was einer Steigerung von 29,9 Prozent gleich kommt.<sup>31</sup> Die ab 2000 eintretende abflauende Entwicklung ist zum dritten speziell auch auf steuerreformbedingte Ausfälle, wie Senkung des Eingangs- und Spitzensteuersatzes oder den steigenden Grundfreibetrag zurückzuführen.<sup>32</sup> Erst 2004 konnte ein leichter Anstieg des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommenssteuer um 4,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet werden. Auf Bundesebene sank in diesem Jahr zwar das kassenmäßige Aufkommen aus der Lohnsteuer. Das allgemeine Aufkommen aus der veranlagten Einkommenssteuer erhöhte sich allerdings gegenüber dem Vorjahr, damit auch dessen Verteilungsmasse, welche als ursächlich für den leichten Anstieg angesehen werden kann.<sup>33</sup>

<sup>31</sup> Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen.

<sup>32</sup> Deutscher Städtetag (2002), S. 12.

<sup>33</sup> Sachverständigenrat (2004), S. 218.

Abbildung 8: Entwicklung des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommenssteuer in €Einw. in Leipzig

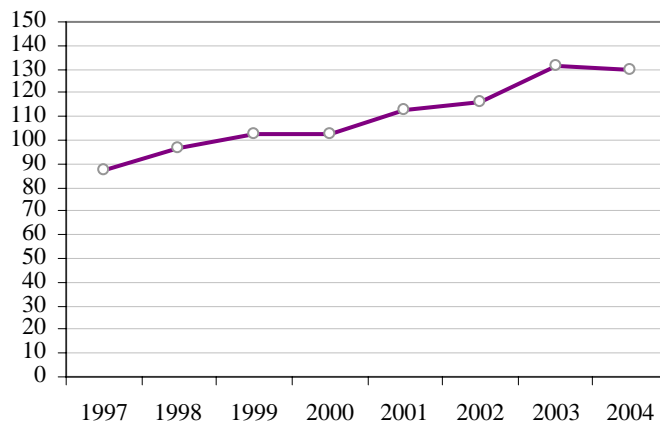


Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

#### 1.1.4 Grundsteuer A und B

Die folgende Abbildung gibt Aufschluss über die Entwicklung einer der wichtigsten Steuern der Stadt Leipzig. So ist das Einnahmenvolumen der Grundsteuer<sup>34</sup> A und B über die Jahre steigend. Im Jahr 2004 hat es sich um 48,9 Prozent auf 130,1 €Einw. von 1997 mit damals rund 87,4 €Einw. erhöht.

Abbildung 9: Entwicklung der Grundsteuer A und B in €Einw. in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

Ursächlich sind hauptsächlich die Hebesatzentwicklungen. So stiegen die Hebesätze der Grundsteuer A von 350,0 Prozent in 1997 auf 400,0 Prozent im Jahr 2004. Zwischenzeitlich wurde der Hebesatz von Grundsteuer A gesenkt, wobei dieser Entwicklung ein ansteigender Trend der Hebesätze der Grundsteuer B gegenüberstand und so das Aufkommen aus beiden Steuern im Zeitablauf zunahm. Der Hebesatz der Grundsteuer B stieg von 400 Prozent 1999 auf 486 Prozent im Jahr 2004. Werden andere Städte zum Vergleich der Hebesatzentwicklung herangezogen, schneidet Leipzig bezogen auf die Grundsteuer A zu Berlin (von 1997 bis 2004 jeweils 150 Prozent) und Köln (von 1997 bis 2004 jeweils 165 Prozent) überdurch-

<sup>34</sup> Als Besteuerungsgrundlage der Grundsteuer gilt der Grundbesitz im Inland. Die Grundsteuer A besteuert dabei land- und forstwirtschaftliches Grundvermögen, die Grundsteuer B bezieht sich hingegen auf bebau- bzw. bebaute Grundstücke.

schnittlich hoch ab. Lediglich Hannover liegt mit 530 Prozent weit über den Hebesätzen, die Leipzig veranschlagt hatte. Bei der Betrachtung der Grundsteuer B ergibt sich ein anderes Bild. Schon im letzten Leipziger Beitrag zu Wirtschaft und Gesellschaft<sup>35</sup> konnte herausgestellt werden, dass die Stadt Leipzig im Vergleich zu Köln (500 Prozent), Berlin (600 Prozent) und Hannover (530 Prozent) eher unterdurchschnittlich abschneidet. An dieser Tatsache hat sich aufgrund der Konstanz der dortigen Hebesätze für den gesamten Betrachtungszeitraum auch nichts geändert. Der vergleichsweise hohe Hebesatz der Grundsteuer A und der im Vergleich zu anderen Großstädten wesentlich niedrigere Hebesatz der Grundsteuer B ist wahrscheinlich mit der von der Stadt Leipzig verfolgten Wirtschaftspolitik zu erklären. Während die Einnahmen aus der Grundsteuer A, die auf Grundstücke der Landwirtschaft erhoben wird, in einem verdichteten Ballungsraum wie Leipzig nur geringfügig zum Steueraufkommen beitragen und demnach ein niedriger Hebesatz nur einer kleinen Interessengruppe zugute kommen würde, werden relativ niedrigen Hebesatz der Grundsteuer B, die auf bebaute Grundstücke erhoben wird, als vorteilhaften Standortfaktor betrachtet. Hierbei kann der Hebesatz als Mittel zur Interessenvertretung für den privaten Wohnungsbau, die gewerbliche Wirtschaft und Industrie verstanden werden, denen dadurch ein Anreiz gegeben wird, in Leipzig zu investieren respektive zu verbleiben. Dies wiederum hat positive Folgen zum einen für die finanzielle Situation der Stadt und zum anderen für die Rekultivierung zahlreicher brachliegender bebauter Grundstücke.

#### 1.1.5 Sonstige Steuern

Zu den sonstigen Steuern zählen verschiedene örtliche Verbrauchs- und Aufwandssteuern. Sie werden auf Basis des §7 Abs. 2 SächsKAG erhoben. Zu solchen Steuern zählen beispielsweise die Hunde- und Vergnügungssteuer und seit 1997 die Einwegverpackungssteuer, deren Aufkommensvolumen allerdings vergleichsweise gering ausfällt.

#### 1.2 Entwicklung der Zuweisungen

Über den kommunalen Finanzausgleich erhalten die Gemeinden vom Land zur Erfüllung ihrer Aufgaben sowohl allgemeine, als auch zweckgebundene Zuweisungen.<sup>36</sup> Der Großteil der Mittel, fließt ihnen in Form von allgemeinen Zuweisungen, und dabei hauptsächlich als investive Schlüsselzuweisungen von Seiten des Freistaates zu. Dieser Teil der Finanzausgleichsmasse dient den Kommunen zur Erfüllung ihrer Selbstverwaltungsaufgaben und stellen so die wichtigste kommunale Einnahmequelle dar.

Werden die allgemeinen Zuweisungen von Bund und Land betrachtet, sind, wie die folgende Abbildung verdeutlicht, mehrere Tiefpunkte bzw. Ausschläge nachzuweisen. So erhöhten sich die allgemeinen Zuweisungen von Bund und Land 1998 im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Prozent und erreichten mit 773,0 €Einw. einen vergleichsweise geringen Ausschlag, werden die Jahre 2000 und 2002 betrachtet. So stiegen die allgemeinen Zuweisungen im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr auf 803,8 €Einw. und damit nach dem Tief von 1999 (758,4 €Einw.) um rund 6,0 Prozent. Von 2000 auf 2001 sanken die Zuweisungen um 2,4 Prozent um anschließend wieder zu steigen. So nahmen die Zuweisungen im Jahr 2002 im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 Prozent zu. In den vergangenen zwei Jahren nahmen diese jedoch kontinuierlich ab. Insgesamt erreichte das Niveau der allgemeinen Zuweisungen im Jahr 2004 ein Niveau von etwa 810,6 €Einw. und hat sich damit im Vergleich zu 1997 um 7,5 Prozent erhöht. Die Schwankungen sind vor allem der Wirtschaftslage zuzuschreiben, die zeitweise zu sinkenden bzw. steigenden Steuereinnahmen führte und damit das gesamte Umverteilungsvolumen direkt an die Länder und damit indirekt an die Kommunen beein-

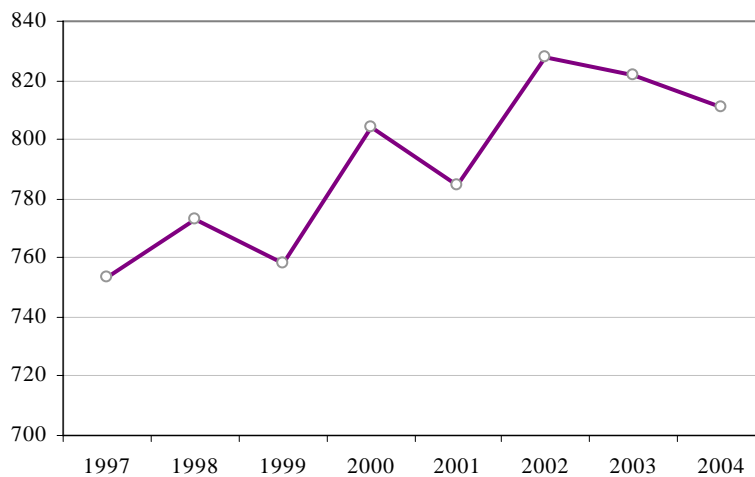
---

<sup>35</sup> Hasse, Kunze (2002).

<sup>36</sup> Lenk (2005), S. 35.

flusst. Ein zweiter Grund ist die unterschiedliche Höhe der Zuweisungen des Landes im Rahmen von Hartz IV.<sup>37</sup>

Abbildung 10: Entwicklung der Allgemeinen Zuweisungen von Bund und Land in €Einw. in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

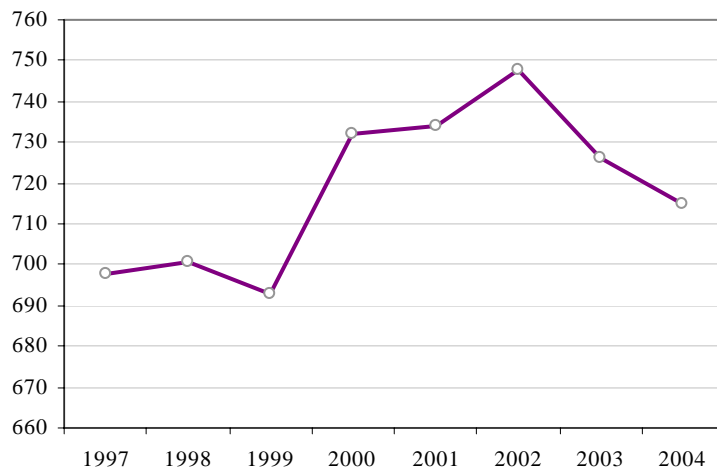
Unter die allgemeinen Zuweisungen werden die Schlüsselzuweisungen, die Bedarfszuweisungen und die sonstigen allgemeinen Zuweisungen subsumiert. Die folgende Abbildung stellt die Entwicklung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen dar. Dabei wird die Schlüsselmasse in Sachsen u.a. in Abhängigkeit der Einwohnerzahl verteilt.<sup>38</sup> An dieser Stelle sei wiederum auf die erheblichen Eingemeindungen seit 1997 und die Gemeindegebietsreform vom 1. Januar 1999 hingewiesen. So kann auch der signifikante Anstieg der Schlüsselzuweisungen von 1999 auf 2000 erklärt werden. In diesem Zeitraum erhöhte sich das Niveau der Schlüsselzuweisungen von 692,9 €Einw. um 5,6 Prozent auf etwa 731,9 €Einw. Ein weiterer Ausschlag, der neben der bis 2002 tendenziell steigenden Zahl an Schlüsselzuweisungen deutlich wird, zeichnete sich von 2001 auf 2002 um 1,9 Prozent ab. Anschließend sind die Schlüsselzuweisungen rückläufig. So sanken sie von 2002 bis 2004 von 748 €Einw. auf rund 715 €Einw. und damit um 4,5 Prozent. Ursächlich sind hier vor allem die Kürzungen der Schlüsselzuweisungen von Seiten des Freistaates, welche auf die für das Land geringeren Transfers im Rahmen des Länderfinanzausgleiches und der damit einher gehenden schlechteren Haushaltslage zurückzuführen ist.<sup>39</sup>

<sup>37</sup> Deutscher Städtetag, (2005).

<sup>38</sup> Die weitere Verteilungskomponente neben einem Grundbetrag sind die Schülerzahlen der kommunalen Schulen je Schulart. Lenk (2005), S. 113.

<sup>39</sup> Orbeck (2003), S. 17.

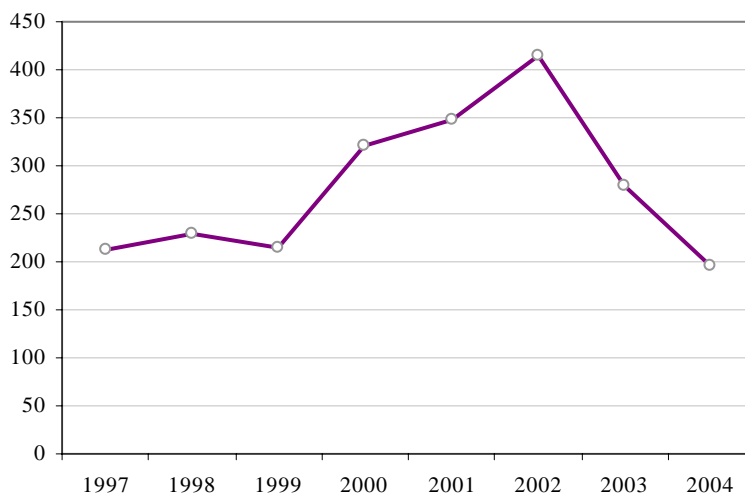
Abbildung 11: Entwicklung der Schlüsselzuweisungen in €/Einw. in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

Mit Hilfe der Investitionszuweisungen wird die Kommune in die Lage versetzt, ihre Pflichtaufgaben im Bereich der kommunalen Infrastruktur zu sichern. Bestandteile der infrastrukturellen Grundversorgung sind u.a. der Straßenbau, der Schulhausbau, die Stadt- und Dorferneuerung, die Wasser- und Abwasserversorgung, die Abfallwirtschaft, als auch der Brand- und Katastrophenschutz. Für Leipzig haben sich diese Zuweisungen im Zeitablauf ab 1999 deutlich erhöht und mit 414,5 €/Einw. im Jahr 2002 ihren Höhepunkt erreicht. Dies entspricht einem Anstieg von 92,8 Prozent. Im Vergleich zu 1997 haben die investiven Zuweisungen um 94,7 Prozent zugenommen. Verantwortlich für die rasante Zunahme der Investitionszuweisungen im Jahre 2000 war der Beginn der größten Verbundinfrastrukturmaßnahme der Nachwendezeit in Leipzig. Im Folgejahr kamen Projekte wie das Bildermuseum und 2002 die Investitionen für die Erschließung, den Erwerb und die Bodenverfestigung der Grundstücke im Industriepark Nord für das neue BMW-Werk dazu. Ab 2002 muss ein deutlicher Rückgang dieser Einnahmeposition registriert werden. So betragen die investiven Zuweisungen 2004 lediglich 47,1 Prozent des Zuweisungsvolumens von 2002. Dies kann zum einen mit einer geringeren Verteilungsmasse des Landes zu tun haben, wegen der letztlich auch der Stadt Leipzig weniger allgemeine Investitionszuweisungen aus dem Finanzausgleich zugestanden haben. Wahrscheinlich ist außerdem, dass zweckgebundene Investitionszuweisungen nicht mehr abrufen wurden, weil Eigenmittel der Stadt selbst für Investitionsvorhaben aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht mehr aufgebracht werden konnten. Beispielhaft hierfür sind unbestimmte Verschiebungen von Infrastrukturvorhaben aus dem Verkehrsentwicklungsplan wie etwa der Ausbau des nördlichen Tangentenvierecks und des Mittleren Ringes zu nennen.

Abbildung 12: Entwicklung der Investitionszuweisungen in €Einw. in Leipzig



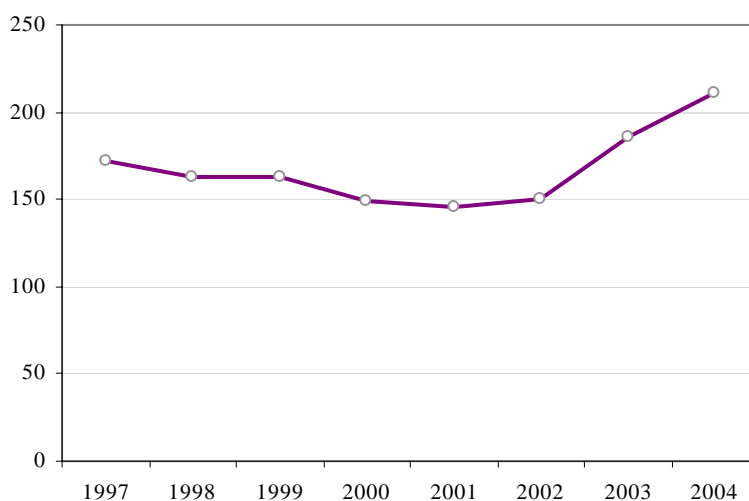
Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

## 2 Faktoren der Ausgabenentwicklung

### 2.1 Laufender Sachaufwand

Wird die Entwicklung des laufenden Sachaufwandes betrachtet, kann bis 2001 ein rückläufiger Ausgabentrend verzeichnet werden. So sanken hauptsächlich durch Energiesparmaßnahmen und -umstellungen<sup>40</sup> die Ausgaben im Zeitraum 1997 bis 2001 um insgesamt 15,2 Prozent. In den darauf folgenden Jahren stiegen die Ausgaben und erreichten 2004 einen Spitzenwert von 210,8 €Einw.. Im Vergleich zu 2001 entspricht dies einer Steigerung von 44,8 Prozent. Die Gegenüberstellung der Ausgabenniveaus von 1997 zu dem von 2004 ergibt ein drastisches Bild. So betragen die Aufwendungen 1997 noch 171,7 €Einw., während diese 2004 bereits 210,8 €Einw. ausmachten. Dies kommt einer Steigerung von 22,8 Prozent gleich. Leipzig reagierte auf diese Ausgabesteigerungen ab 2004 mit Steuererhöhungen aber auch Einsparungen, so z.B. bei Zuschüssen an Vereine und Verbände.<sup>41</sup>

Abbildung 13: Entwicklung des Laufenden Sachaufwandes in €Einw. in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

<sup>40</sup> Hasse, Kunze (2002), S. 21. Diese Begründung wird für den Zeitraum 1995 bis 1999 angeführt.

<sup>41</sup> Orbeck (2004), S. 13.

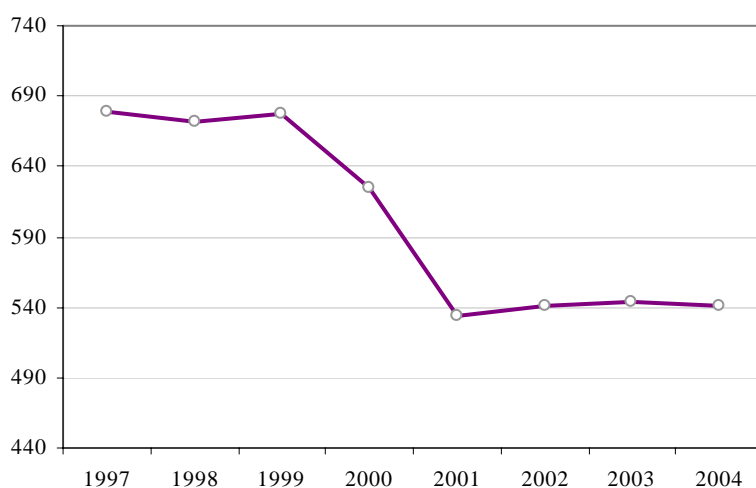


## 2.2 Personalausgaben

Der Personalausgabenblock nimmt einen großen Teil des Ausgabevolumens ein. So betragen 2004 die Personalausgaben für Leipzig noch 269,12 Mio. Euro, was 28,1 Prozent des gesamten Verwaltungshaushaltes entspricht.<sup>42</sup> Wird die Entwicklung der Personalausgaben betrachtet, kann 1999 bis 2001 zunächst eine drastische Senkung dieser Ausgaben um 21,2 Prozent verzeichnet werden. Dieser starke Personalabbau und die damit verbundenen Einsparungen, die in diesem Zeitraum auch in anderen ostdeutschen Kommunen – verstärkt aber in kreisfreien Städten – beobachtet wurden<sup>43</sup>, lassen sich formal in Leipzig auf die Fortführung des Haushaltssicherungskonzeptes zurückzuführen. Ab 2001 bis 2003 lässt sich ein leicht steigender Verlauf der Personalausgaben um 1,7 Prozent verzeichnen. Erst im Jahr 2004 sank der Ausgabenblock von vormals 543,5 €/Einw. (2003) auf 540,9 €/Einw. und damit um 0,5 Prozent. Herausgestellt werden müssen allerdings die drastischen Einsparungen bei den Personalausgaben im Vergleich der Jahre 2004 und 1997. Insgesamt sind sie in diesem Zeitraum um 20,3 Prozent gesunken.

Die tendenzielle Senkung der Personalausgaben kann zum Großteil mit den andauernden Konsolidierungsbemühungen, vor allem durch Personalabbau begründet werden. Vor dem Hintergrund der Lohnangleichungen an Westniveau, lassen die sinkenden Personalausgaben außerdem darauf schließen, dass Leipzig einen so starken Personalabbau vornahm, dass die Tarifkosten überkompensiert wurden. So waren 2004 noch 13.563 Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt, während es 1998 noch 21.888 Beschäftigte waren<sup>44</sup>. Dies entspricht einem Personalabbau von 38,0 Prozent. Auch die Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 36 Stunden führt neben der Streichung von Stellen zu einer Haushaltsentlastung. Eine weitere Ursache, welche die abnehmenden Personalausgaben determiniert, könnte in der Auslagerung kommunaler Aufgaben liegen. So werden Kindertagesstätten zunehmend in die freie Trägerschaft überführt und der Bereich Bäder aus dem städtischen Haushalt ausgegliedert.<sup>45</sup>

Abbildung 14: Entwicklung der Personalausgaben in €/Einw. in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

<sup>42</sup> Kluthmann (2004).

<sup>43</sup> Deutscher Städtetag (2002), S.17 f.

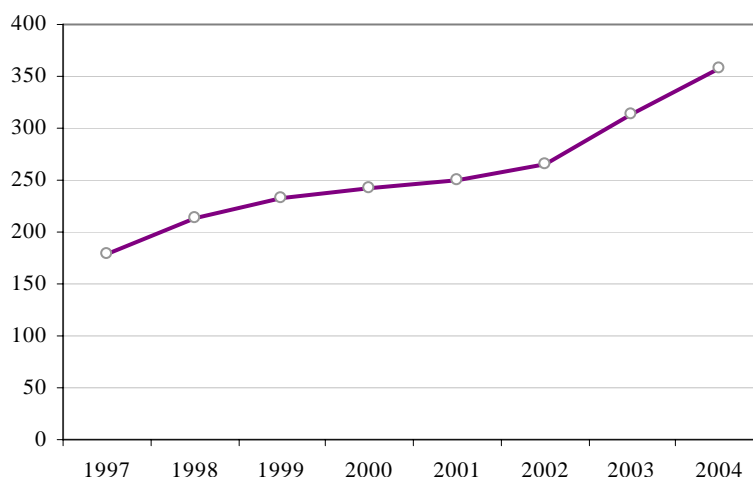
<sup>44</sup> Die Kreis- bzw. Regierungsbezirkssummen enthalten auch die Landkreisverwaltungen und die Verwaltungsverbände. Die Summe enthält zusätzlich noch den Landeswohlfahrtsverband.

<sup>45</sup> Lenk (2005b), S.6.

### 2.3 Soziale Leistungen

Mit Hilfe der nachfolgenden Abbildung kann für den Zeitraum von 1997 bis 2004 ein deutlich steigender Verlauf der Ausgaben für soziale Leistungen<sup>46</sup> nachvollzogen werden. So stiegen die Leistungen von 178,5 €Einw. im Jahr 1997 auf 358,3 €Einw. für 2004. Das entspricht einem Ausgabenanstieg von 100,7 Prozent. Während die Ausgaben ab 1997 bis 2002 sukzessive angestiegen sind, muss ein deutlicher Ausgabenanstieg ab 2002 bis 2004 um 34,7 Prozent registriert werden. Die zunehmenden Ausgaben für soziale Leistungen sind hauptsächlich auf die Einführung und den damit einher gehenden Folgen der Hartz IV-Gesetze zurückzuführen.<sup>47</sup> So hat sich die Struktur der sozialen Leistungen im Zeitablauf geändert. Besonders die Steigerungen im Bereich der Sozialhilfe und sonstigen Sozialen Leistungen bedingen stetig höhere Ausgaben. Dabei wird das Ausgabenvolumen nicht nur durch die Struktur der Transferleistungen, sondern auch durch den demographischen Wandel beeinflusst. So hat sich der Anteil der Sozialhilfeempfänger von 1997 auf 2003 fast verdoppelt<sup>48</sup>. Im Jahr 2003 wurde außerdem das Gesetz über die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Grundsicherungsgesetz) wirksam, deren Träger die Landkreise und kreisfreien Städte sind. Von diesem Gesetz, welches im Rahmen der Rentenreform 2000 beschlossen wurde, ist somit auch Leipzig betroffen.<sup>49</sup>

Abbildung 15: Entwicklung der sozialen Leistungen in €Einw. in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

### 3 Faktoren der Schuldenentwicklung

Die nachfolgende Abbildung gibt Aufschluss über die Entwicklung der Zinsausgaben und Kreditbeschaffungskosten. So muss ab 1997 bis 2001 ein stetig steigendes Ausgabenvolumen von 76,7 €Einw. auf 98,0 €Einw. festgestellt werden. Dies entspricht einem Ausgabeanstieg von 27,8 Prozent. Ursächlich hierfür ist wohl vor allen Dingen das Marktumfeld im Finanzierungsgeschäft. Zur Kreditbeschaffung waren die Marktkonditionen damals allgemein merklich schlecht. Gerade in den Jahren 1998 bis 2004 befand sich der Markt in einer Hochzinsphase<sup>50</sup>, was sich demnach in höheren Ausgaben der Zinsausgaben widerspiegelt. Die

<sup>46</sup> Zu den sozialen Leistungen gehört die im BSHG geregelte Sozialhilfe, die Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfegesetz), die Hilfen an Asylbewerber (Asylbewerberleistungsgesetz), als auch sonstige soziale Leistungen, darunter die Unterstützung von Kriegsopfern. Lenk (2005), S. 69.

<sup>47</sup> Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2006).

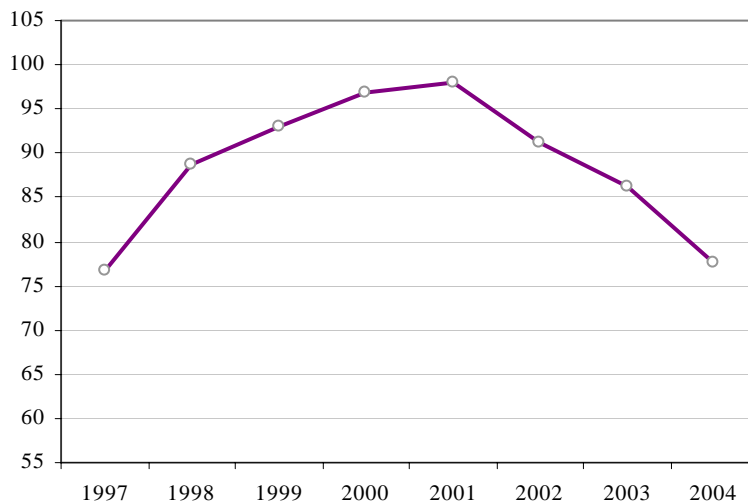
<sup>48</sup> Elsässer/Maier (2004), S.13

<sup>49</sup> Lenk (2005), S. 70f.

<sup>50</sup> www.leitzinsen.info

inflationäre Zinspolitik der EZB als Triebkraft für eine wieder erstarkende Wirtschaft, ließen ab 2001 die Zinsausgaben spürbar sinken. Die gewollte niedrige Kreditaufnahme und eine raschere Entschuldung als Teil des städtischen Haushaltssicherungskonzeptes ließen die Ausgaben für diesen Posten ebenfalls sinken. In den darauf folgenden Jahren konnten die Zinsausgaben und Kreditbeschaffungskosten deutlich zurückgefahren werden. So betragen sie 2004 lediglich 79,1 Prozent des Ausgabevolumens von 2001.

Abbildung 16: Entwicklung der Zinsausgaben und Kreditbeschaffungskosten in €Einw. in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen.

#### IV Verwaltungs- und Funktionalreform im Freistaat Sachsen 2005

Um Handlungsspielräume auf dem Gebiet der Arbeits- und Ausbildungspolitik, der Bildungschancen, Familien- und Generationenpolitik und sozialen Gerechtigkeit vor dem Hintergrund demographischer Effekte<sup>51</sup> aufrechtzuerhalten, sollte die sächsische Verwaltung effizienter strukturiert werden. Um dies zu bewerkstelligen, hat sich das Sächsische Kabinett am 20. Dezember 2005 über die Umsetzung der Verwaltungs- und Funktionalreform verständigt. Infolge dieser Reform soll eine umfassende Aufgabenkommunalisierung und Aufgabendelegation stattfinden. Verwaltungsleistungen sollen ortsnah angeboten werden und auch langfristig finanzierbar sein. So wird die Erstkompetenzvermutung der Aufgabenübertragung zugrunde gelegt, nach welcher die Obliegenheiten der Landreise auf kommunale Ebene verlagert werden können. Dabei übernehmen die Aufgabenträger auch die Aufgabenfinanzierung und müssen zur Aufgabenerfüllung das notwendige Personal einsetzen. Der Artikel 85 Sächsische Verfassung<sup>52</sup> wird in diesem Zusammenhang konsequent angewendet. Infolge dieser Aufgabenübertragung und -bündelung erhofft sich der Freistaat Einsparungen im Personalbereich und bei den Sachkosten von circa 20 Prozent.

Die Verwaltungsreform wird in zwei Teilen durchgeführt, wobei sich der erste Teil auf die Funktionalreform bezieht und der zweite die Kreisgebietsreform als Tatbestand beinhaltet.

Der Ablauf der *Funktionalreform* gliedert sich in zwei Phasen. Dabei werden einige Arbeitsgebiete von der Aufgabenkritik (Phase 1) ausgeklammert. Diese beinhaltet die Bewertung der Aufgaben bzgl. Privatisierungsmöglichkeiten, Wirtschaftlichkeitsaspekten, demographischen Entwicklungen, Normen und Standards, Überprüfungen, ob Aufgaben notwendigerweise in staatlicher Hand bleiben sollen, sowie Überlegungen hin zum möglichen Aufgabenverzicht. So sind Finanz- und Steuerverwaltung, das Hochschulwesen, die Forschungsförderung, Staatliche Kunstsammlungen, Justiz, Justizvollzug, als auch Polizei und Lehrer von der Kommunalisierung ausgeschlossen.

Neben der Aufgabenkritik ist die Neustrukturierung des Verwaltungsapparates in Phase 2 geplant, deren Eckpunkte im August 2006 veröffentlicht werden. Den Rahmen dieser Reform bilden u.a. folgende Grundsätze:

- Organisation der Verwaltung nach einem dreistufigen Prinzip (Ministerialverwaltung/Mittelebene/Kommunalebene)
- Hauptsächlich Entscheidungen aus eigener Hand
- Aufgabenbündelung und umfangreiche Abschaffung von öffentlichen Sonderbehörden
- Bündelung von Querschnittsaufgaben zwischen den Verwaltungen
- Prüfung der Einrichtung von Bürgerbüros und Formen der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verwaltungen

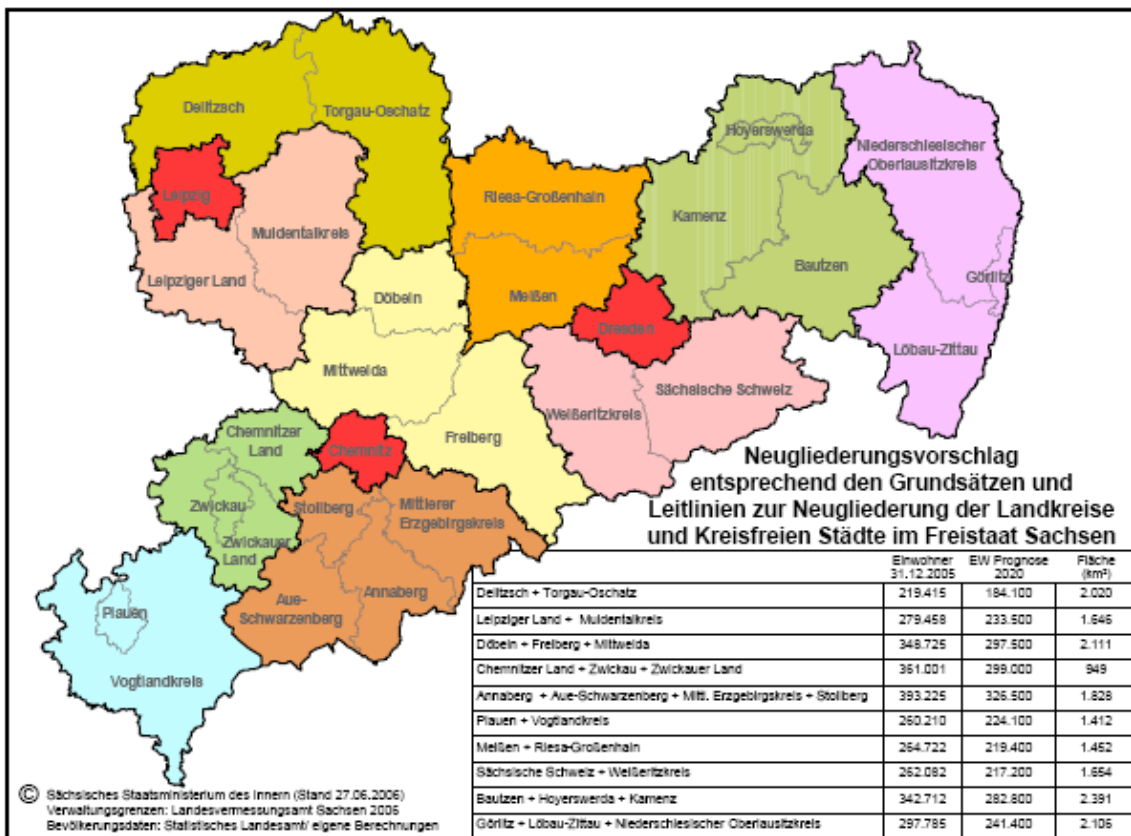
Überlegungen zu einer *Kreisgebietsreform* als zweiten Teil der Verwaltungsreform können erst im Anschluss an die Funktionalreform vorgenommen werden, da erst dann ein entspre-

<sup>51</sup> So wird sich die Einwohnerzahl Sachsens bis 2020 um etwa 13,9 Prozent abnehmen. Infolge dessen und aufgrund anderer Einflussfaktoren muss für die Folgejahre von einem Einnahmerückgang ausgegangen werden, der eine Neustrukturierung der sächsischen Verwaltung mit dem Ziel Einsparungen vorzunehmen, notwendig macht. Sächsische Staatsregierung (2006).

<sup>52</sup> Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992. Gemäß dieses Artikels sollen Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen werden, wenn sie dort zweckmäßiger erfüllt werden können. Wenn infolge dieser Aufgabenübertragung finanzielle Mehrbelastungen entstehen, soll es zu einem finanziellen Ausgleich kommen. Des Weiteren behält sich der Freistaat vor, ein Weisungsrecht nach gesetzlichen Vorschriften zu behalten.

chend schlüssiges funktionalreformerisches Konzept vorhanden ist. So kommt eine Kreisgebietsreform nur dann in Frage, wenn ein hinreichender Aufgabenzuwachs auf der Ebene der Landkreise und Kreisfreien Städte zu verzeichnen ist. Die Neugliederung des Gebiets erscheint vor dem Hintergrund der demographischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten, als auch der starken Aufgabenkommunalisierung notwendig. Dabei finden Neugliederungen nur statt, wenn sie dem Allgemeinwohl entsprechen<sup>53</sup>. Ziel ist es, Landkreise und kreisfreie Städte so zu bilden, dass sie jeweils mindestens 200.000 Einwohner haben. So würden, wie die nachfolgende Abbildung zeigt, neben den drei Kreisfreien Städten in Sachsen circa zwölf Landkreise gebildet werden.

Abbildung 17: Kreiskarte nach Gebietsneugliederung



Quelle: Sächsisches Staatsministerium des Innern.

<sup>53</sup> Der Gesetzgeber hat die Gründe für eine Neugliederung zum Wohle der Allgemeinheit in ein Leitbild zu fassen und bei den Maßnahmen zur Gebietsänderung anzuwenden. Jeder Neugliederung muss dabei ein formales Gesetz zugrunde liegen.

## Literaturverzeichnis

Deutscher Städtetag (2002): Aktuelle Finanzlage der Städte – Rückblick auf 2001 und Prognose 2002, in: <http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/pressedien/jg/25.pdf>, 31.10.2006

Deutscher Städtetag (2005): Länder gefährden Entlastung der Kommunen durch Hartz IV – Eingliederung der Langzeitarbeitslosen muss jetzt vorankommen, in: <http://www.staedtetag.de/10/presseecke/pressedienst/artikel/2005/02/16/00255/index.html>, 27.11.2006.

Elsässer, Ralf/ Maier, Anne (2004): Kurzbericht zur Nachhaltigen Entwicklung der Stadt Leipzig 2004 auf der Basis ausgewählter Indikatoren, Leipzig.

Julke, R. (2006): Kassensturz, in: Leipziger Internetzeitung (09.10.2006), <http://www.lizzy-online.de/print.php?sid=5932&POSTNUKESID=b183d888372a4af4c561828e304b293d>.

Kerbler, G. (2006): Die Welt der Leitzinsen im Überblick, in: <http://www.leitzinsen.info>

Kluthmann (2004): Haushalt der Stadt Leipzig mit einschneidenden Auflagen genehmigt, in: [http://www.rpl.sachsen.de/de/Internet/Presse/presse\\_mitteilungen/2004/Artikel/pr04-05-24.htm](http://www.rpl.sachsen.de/de/Internet/Presse/presse_mitteilungen/2004/Artikel/pr04-05-24.htm), 24.05.2004.

Lenk, T., Falken, C. (2005): Komparative Analyse ausgewählter Indikatoren des kommunalwirtschaftlichen Gesamtergebnisses in: Diskussionsbeiträge-Nr. 47 der Universität Leipzig, Finanzwissenschaft (Hrsg.), Nr. 47 S. 1-46, Leipzig

Lenk, T. (2005a): Gemeindefinanzbericht Sachsen 2004/2005, in: Sächsischer Städte- und Gemeindetag (2005), Sachsenlandkurier, Ausgabe 9`05, Dresden.

Lenk, T. (2005b): Wesentliche Einflussfaktoren auf die mittelfristige Finanzsituation in Leipzig, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. (Hrsg.) (2005), Leipzig 2020: Europäische Metropole oder mitteldeutsche Provinzperle? – alternative Visionen, Leipzig.

Müller, T. (2004): Leipzigs Stadthaushalt für 2004: Noch nie gab's so viele Fragezeichen, in: Leipziger Volkszeitung, 23.10.2003.

Orbeck, M. (2003): Leipzigs Haushalt für 2004, in: Leipziger Volkszeitung, 21.11.2003.

Orbeck, M. (2004): Tiefensee setzt auf höhere Steuern, in: Leipziger Volkszeitung, 11.11.2004.

Projekt StadtRat Berlin (2002): Optimierung der finanziellen Situation von Städten am Beispiel der Stadt Leipzig.

Elsässer, Ralf /Maier, Anne (2004); Büro der Leipziger Agenda 21- Kurzbericht zur Nachhaltigen Entwicklung der Stadt Leipzig 2004 auf der Basis ausgewählter Indikatoren, in <http://www.leipzigeragenda21.de/papers/monitoringbericht-2004.pdf>.

Sächsisches Staatsministerium des Inneren (2005), Eckwerte zur Verwaltungs- und Funktionalreform, in:

<http://www.sachsen.de/de/bf/staatsregierung/ministerien/smi/smi/upload/EckwerteV1.1.pdf>.

Sachverständigenrat (2002): Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum - Jahresgutachten 2002/2003, Stuttgart

Sachverständigenrat (2004): Erfolge im Ausland, Herausforderungen im Inland - Jahresgutachten 2004/2005, Stuttgart

Schneider, K. (2002): Die Entwicklung der kommunalen Einnahmen und Ausgaben unter finanziellen und strukturellen Gesichtspunkten, in: Hasse, R.; Kunze, C. (2002): Die Situation und die Rolle von Großstädten im Transformationsprozess, Leipziger Beiträge zu Wirtschaft und Gesellschaft- Transformation, Nr. 11, Leipzig.